Verhandlungsschrift

über die

4. öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 25. Februar 2010 im Haus der Musik der Marktgemeinde Gunkskirchen.

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.25 Uhr

ANWESENDE

Die Gemeindevorstandsmitglieder:

1. Bgm. Josef Sturmair	4. GV Dr. Josef Kaiblinger
2. Vbgm. Mag. Karoline Wolfesberger	5. GV Maximilian Feischl
3. Vbgm. Christine Pühringer	6. GV Ingrid Mair

Die Gemeinderatsmitglieder:

7. Christian Paltinger	18. Franz Hochholdt
8. Anna Kogler	19. Michael Seiler
9. Dr. Gustav Leitner	20. Josef Wimmer
10. Walter Olinger	21. KommR Helmut Oberndorfer
11. Christine Neuwirth	22. Jürgen Weidinger
12. Nicole Fillip	23. Mag. Hermann Mittermayr
13. Johann Eder	24. Johann Luttinger
14. Mag. Patrick Mayr	25. Ing. Norbert Schönhöfer
15. Karl Gruber	26. Christian Kogler
16. Simon Zepko	27. Hanis Klaus Dieter
17. Arno Malik	28. Ing. Peter Zirsch
29. Ersatzmitglied f. GR Ursula Buchinger Christian Schöffmann
30. Ersatzmitglied f. GV Friedrich Nagl Christian Renner
31. Ersatzmitglied f. GR Mag. Peter Reinhofer Klaus Wiesinger

Weitere Teilnehmer:

Bauamtsleiter Franz Mallinger

Die Ersatzmitglieder der ÖVP Fraktion Annette Freimüller, Markus Bayer, Christoph Bachler, Gregor Swoboda, Jürgen Mörth MBA, Andreas Mittermayr, Gerald Huemer und Anton Har-ringer sind entschuldigt ferngeblieben.

Die Ersatzmitglieder der SPÖ Fraktion Martin Höpolseder, Christian Zirhan und Klaus Hor-ninger sind entschuldigt ferngeblieben.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung vom Bürgermeister einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß des vorliegenden Sitzungsplanes mittels RsB am 15. Dezember 2009 und die Bekanntgabe der Tagesordnung am 18. Februar 2010 an alle Mitglieder erfolgt ist,
- c) die Abhaltung der Sitzung gemäß § 53, Abs. 4 der OÖ. GemO. 1990 kundgemacht wurde,
- d) die Abstimmung per Handerhebung erfolgt,
- e) die Beschlussfassung gegeben ist.

Der Vorsitzende bestimmt Herrn Karl Zwirchmair als Schriftführer. Sodann weist er darauf hin, dass

- a) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung gemäß § 54 Abs. 4 der OÖ. GemO. 1990 im Gemeindeamt zur Einsicht für die Mitglieder des Gemeinderates auflag,
- b) den Fraktionen rechtzeitig eine Abschrift der Verhandlungsschrift der letzten Sitzung zugestellt wurde,
- c) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung während der Sitzung zur Einsichtnahme aufliegt und es den Mitgliedern des Gemeinderates freisteht, gegen den Inhalt der letzten Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich Einwendungen zu erheben,
- d) der Gemeinderat über eventuelle Anträge auf Abänderung der Verhandlungsschrift am Schluss der Sitzung zu beschließen hat.

Tagesordnung:

1. Überprüfung der Marktgemeinde Gunskirchen durch den Landesrechnungshof - Prüfbericht
2. Abänderung des Beschlusses „Kabel TV Anlage der Marktgemeinde Gunskirchen; Zuführung des Verkaufserlöses zwecks Erhaltung seines Wertes“
3. Vereinbarung mit Welser Kieswerke Treul & Co GesmbH. vom 26. Februar 1998 im Zusammenhang mit dem Kiesabbau im Raum Hof; Zusatz über Verlängerung der Anbotsfrist hinsichtlich ausgekiester Gruben
4. Geländegestaltende Maßnahmen am Grundstück Parz. Nr. 10, KG Weilbach-außerordentliche Benützung öffentliches Gut
5. Straßenbauprogramm 2010
 - a) Ordentlicher Haushalt
 - b) Außerordentlicher HaushaltBeschlussfassung
6. Schleuse Waldling – Bestellung des Schleusenwärters
7. Öffentliche Wasserversorgung – Erweiterungen aufgrund Neuwidmungen
8. Objekt Kirchengasse 14; Überlassung von Räumlichkeiten an die Vereine Landjugend Gunskirchen und Öst. Kinderfreunde, Ortsgruppe Gunskirchen
9. Ergebnis städtebaulicher Wettbewerb „Straß-Mitte“ – Kenntnisnahme des Siegerprojektes als Grundlage für weitere Bebauungs- und Verkehrsplanungen
10. Flächenwidmungsplan Nr. 7/2009, Änderung Nr. 4; Antrag von Johannes Humer, Ströblberg 9, Gunskirchen, auf Umwidmung der Parzellen Nr. 62/3, 103, 104/2 und 106/2, je KG. Straß von derzeit Bauland – Dorfgebiet in Bauland – gemischtes Baugebiet, sowie einer Teilfläche der Parzellen 59, 58/1 und 109/1, je KG. Straß, von derzeit Bauland – Gemischtes Baugebiet in Bauland - Betriebsbaugebiet
11. Allfälliges

1. Überprüfung der Marktgemeinde Gunskirchen durch den Landesrechnungshof - Prüfbericht

Bericht: Bgm. Josef Sturmair

Der OÖ. Landesrechnungshof hat in der Zeit vom 27. Februar 2009 bis 20. April 2009 das Gutachten vom 13. Juli 2009, LRH-210067/4-2009-ES, im Sinne des § 2 Abs. 1 Ziffer 8 des Oö. Landesrechnungshofgesetzes, über die Gebarung der Marktgemeinde Gunskirchen erstellt.

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat zu den Ausführungen im genannten Gutachten des LRH Stellung zu nehmen und einen Auszug aus der Verhandlungsschrift über jene Gemeinderatssitzung, in der das Gutachten des LRH behandelt wurde, vorzulegen und gleichzeitig auch eine Kopie der Stellungnahme und der Verhandlungsschrift der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land zu übermitteln.

Die Schwerpunkte des Gutachtens waren die Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung und der Haushaltsführung insbesondere in Bezug auf den hohen Fehlbetrag im a.o. Haushalt. Weiteres wurden die öffentlichen Einrichtungen und das Förderwesen untersucht. Ziel des Gutachtens waren neben der Effektivität und Effizienz des Verwaltungshandelns, die Beurteilung der Haushaltsentwicklung, Haushaltsführung, Verschuldung und Vermögens erfassung.

Festgehalten wird, dass jeder Fraktion eine Ausfertigung des Gutachtens des Landesrechnungshofes am 18. Februar 2010 in der Sitzung des Gemeindevorstandes ausgefolgt wurde.

Zusammenfassend sah der LRH folgenden Handlungsbedarf:

Zur Organisationsentwicklung

- Die Entwicklungsziele der Verwaltung präzisieren und mit den Mitarbeitern verstärkt kommunizieren. Führungskräfte sollten in ihrem Zuständigkeitsbereich das strategische Arbeiten forcieren und entsprechende Strategien unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken entwickeln (siehe Pkt. 3.2.).
- Eine einheitliche Führungskultur ist zwischen der politischen und verwaltungsmäßigen Führungsebene sowie bei den Führungskräften in der Kernverwaltung anzustreben (siehe Pkt.10.2.).
- Die Zielvereinbarungskultur in der Verwaltung ausbauen. Die Zielvereinbarungsgespräche künftighin jährlich führen und auch zwischen Bürgermeister und Amtsleitung einführen (siehe Pkt. 10.2.).
- Organisationsstrukturen vor allem in den Abteilungen der Kernverwaltung den Anforderungen besser anpassen (siehe Pkt. 4.2.).
- Geschäftsprozesse optimieren und Aufgabenüberschneidungen zwischen einzelnen Stellen bereinigen (siehe Punkte 4.2. und 7.2.).
- Personalentwicklungskonzept mit Schwerpunkt einer fachlichen und persönlichen Qualifizierung des Fachpersonals und der Führungskräfte durch Amtsleitung erstellen. Den Führungsnachwuchs durch konkrete Schulungsmaßnahmen und praktisches Arbeiten in Projekten fördern (siehe Pkt. 12.2.).
- Organisationskultur in den Bereichen Mitsprache und Kommunikation verbessern, die Eigenverantwortlichkeit der MA stärken, Aufgaben verstärkt delegieren sowie Kompetenzen- und Ressourcenverantwortung zusammenführen (siehe Pkt. 3.2.).
- Ableitung notwendiger Reformprojekte und Einrichtung interner Projektgruppen zur Umsetzung aktuell laufender Veränderungsmaßnahmen im Rahmen eines effizienten Projektmanagements (siehe Pkt. 3.2.).

Zur Haushaltskonsolidierung

- Bei der Realisierung von Investitionen in Hinkunft mehr als bisher auf die Grenzen der Finanzierbarkeit der Bau- und Folgekosten achten und das Investitionsvolumen auf das Notwendigste beschränken (siehe Pkt. 31.2.).
- Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung zur Erhöhung der Kostentransparenz (siehe Pkt. 13.2. und 30.2.).
- Die hohen Fehlbeträge 2008 im Seniorenwohn- und Pflegeheim erfordern kostendeckende Heimgebühren. Da in absehbarer Zeit hohe Investitionen heranstehen, wäre zu prüfen, inwieweit die Übertragung der Einrichtung an den Sozialhilfverband sinnvoll und wirtschaftlich erscheint (siehe Pkt. 30.2.).
- Kostendeckende Beiträge bzw. Gebühren zB bei Schülerausspeisung, Essen auf Rädern, Friedhof, Abfallbeseitigung usw. festsetzen (siehe Pkt. 30.2.).
- Prüfen, inwieweit durch den Verkauf von Gemeindewohnungen und – wald der Haushalt entsprechend entlastet werden kann (siehe Punkte 40.2. u. 41.2.).

- Einführung einer zeitgemäßen EDV für die Geschäftsabwicklung im Bauhof und Vernetzung mit dem Gemeindeamt. Dadurch können freie Personalressourcen im administrativen Bereich der Amtsleitung und in der Bauverwaltung erreicht werden (siehe Pkt. 30.2.).
- Für die Beeinträchtigung der gemeindeeigenen Fahrbahnen und Lärmbelästigung der Anrainer könnte mit der Schotterfirma eine Schotterabgabe vereinbart werden (siehe Pkt. 45.2.).
- Mahnwesen in voller Konsequenz ausüben, damit die Zahlungsmoral der Steuerpflichtigen gehoben wird (siehe Pkt. 44.2.).

Von Seiten der Marktgemeinde Gunskirchen wird zum Gutachten des ÖÖ. Landesrechnungshofes folgende Stellungnahme abgegeben.

Im Bezug auf die Organisationsentwicklung wird versucht die Anregungen des Landesrechnungshofes weitestgehend umzusetzen. Diesbezüglich wird die Unterstützung durch externe Berater in Erwägung gezogen. Das Gutachten des Landesrechnungshofes enthält einen Umsetzungsplan, welcher als Grundlage für die Umsetzung der Anregungen dienen soll.

Von Seiten der Marktgemeinde Gunskirchen wird in Bezug auf die Anregungen, welche sich auf die Organisationsentwicklung beziehen nicht im Detail eingegangen, da sie nachvollziehbar sind und eine weitestgehende Umsetzung im Sinne und Interesse der Marktgemeinde Gunskirchen gelegen ist.

Die Marktgemeinde Gunskirchen hat die Konsolidierung des Haushaltes zu einer ihrer wichtigsten zukünftigen Aufgaben erklärt. Diesbezüglich wird derzeit intensiv an der Erstellung eines Nachtragsvoranschlags für das Haushaltsjahr 2010, sowie an Konsolidierungsmaßnahmen für die nähere Zukunft gearbeitet. Ziel ist es, den ordentlichen Haushalt massiv zu entlasten und außerordentliche Vorhaben in einem finanziell verträglichen Rahmen zu halten.

Wechselrede

GR Olinger findet, für die Organisationsentwicklung sei kein externer Berater erforderlich. Diese Aufgabe könne auch vom Amtsleiter erledigt werden. Auch in der Privatwirtschaft gehe man von externen Beratern ab, da diese zwar gute Ergebnisse liefern, diese jedoch meist schubladiert werden, da sich die Führungskräfte mit dem Ergebnis nicht identifizieren.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger antwortet, er gäbe GR Olinger grundsätzlich recht. Der Umsetzungsprozess sei durch die Marktgemeinde Gunskirchen zu erfüllen, eine begleitende Unterstützung sei allerdings sinnvoll, um das Ergebnis der Teilprozesse zu prüfen, bzw. in die richtige Richtung zu lenken.

GR Dr. Leitner bedankt sich beim Bürgermeister für die rasche Übermittlung der Rechnungshofunterlagen an den Gemeinderat.

Bürgermeister Sturmair ergänzt, man habe die ganze Vorgehensweise bereits im Gemeindevorstand beraten. Man werde den Chef des Landesrechnungshofes ersuchen, einen geeigneten Berater zu finden, welcher seine Vorstellungen präsentieren könne und danach sei eine Entscheidung zu treffen. Weiters werde die Marktgemeinde Gunskirchen eine Auditierung der Gemeinde in Richtung Gemeindekooperationen durchführen.

Antrag: (Bgm. Josef Sturmair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Das Gutachten des OÖ. Landesrechnungshofes betreffend die Gebarung der Marktgemeinde Gunskirchen vom 13. Juli 2009 wird zur Kenntnis genommen, und die oben angeführte Stellungnahme zum Beschluss erhoben.“

Beschlussergebnis: einstimmig

2. Abänderung des Beschlusses „Kabel TV Anlage der Marktgemeinde Gunskirchen; Zuführung des Verkaufserlöses zwecks Erhaltung seines Wertes“

Bericht: Bgm. Josef Sturmair

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen hat mit Beschluss vom 29. April 2008 dem Verkauf der Kabel-TV-Anlage zugestimmt. Nunmehr soll die Verwendung des Erlöses geklärt werden. Auszugsweise werden hiermit die wesentlichsten gesetzlichen Bestimmungen wiedergegeben:

Der Verkaufserlös in der vorläufigen Höhe von € 950.186,00 wird in drei Raten zu folgenden Terminen ausgezahlt:

1. Rate	1.1.2009	€ 303.791,00 zuzüglich MWSt.
2. Rate	1.1.2010	€ 316.550,00 zuzüglich MWSt.
3. Rate	1.1.2011	€ 329.845,00 zuzüglich MWSt.

Die Verwendung des Verkaufserlöses hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 25. September 2008 geregelt. Der Verkaufserlös sollte wie folgt verwendet werden:

1. Rate	€ 303.791,00 zuzüglich MWSt.	Ausfinanzierung von Fehlbeträgen für die Vorhaben, Musikschule, Musikheim, VS/HS-Sanierung
2. Rate	€ 316.550,00 zuzüglich MWSt.	Schuldentilgung für Lärmschutzmaßnahmen, Errichtung v. Parkplätzen
3. Rate	€ 329.845,00 zuzüglich MWSt.	Verwendung für neue(s) Vorhaben

Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingung ist nunmehr daran gedacht diesen Beschluss abzuändern. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die Marktgemeinde Gunskirchen in erhebliche finanzielle Probleme gestürzt, sodass es unverantwortlich wäre, an dem gefassten Beschluss festzuhalten.

Seitens der Finanzabteilung wird vorgeschlagen, dass der gesamte Verkaufserlös ausschließlich zur Ausfinanzierung von Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes verwendet wird.

Der Rohentwurf des Rechnungsabschlusses sieht folgende Fehlbeträge im außerordentlichen Haushalt vor:

Bezeichnung	Einnahmen	Ausgaben	Fehlbetrag
Amtsgebäude	1395365,73	1451629,2	-56263,47
Amtsgebäude - Einrichtung	73677,98	265755,21	-192077,23
VS/HS - Sanierung	5044306,76	5237330,92	-193024,16
Musikschule - Neubau	2117224,56	2172189,07	-54964,51
Musikschule - Einrichtung	250.967,41	264154,45	-13187,04
Musikheim - Neubau	289587,44	480391,94	-190804,5
Musikheim - Einrichtung	22000	77405,66	-55405,66
Gemeindestarßen Dahlienstraße	225638,64	764175,87	-538537,23

Antrag: (Bgm. Josef Sturmair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Verkaufserlös der Kabel-TV-Anlage ist nach dem Einlagen im jeweiligen Finanzjahr wie folgt zu verwenden:

1. Rate fällig per 1.1.2009 wird zur Ausfinanzierung von Fehlbeträgen für die Vorhaben Musikschule, Musikheim und VS/HS-Sanierung verwendet. Dabei sind die ältesten Fehlbeträge bevorzugt zu behandeln.

2. Rate fällig per 1.1.2010 wird zur vorzeitigen Schuldentilgung für die Darlehen Lärmschutzwand und Errichtung von Ersatzparkplätzen verwendet. Dabei ist die älteste Darlehensschuld bevorzugt zu behandeln und der Restbetrag beim jüngeren Darlehen als vorzeitige Tilgung zu verwenden.

3. Rate fällig per 1.1.2011 wird zur teilweisen Finanzierung von einem oder mehreren neuen Vorhaben verwendet. Die Festlegung des zu finanzierenden Vorhabens wird gesondert behandelt.

Die Verwendung des Verkaufserlöses der Kabel-TV-Anlage der Marktgemeinde Gunskirchen – wie beschrieben - zwecks Erhaltung seines Wertes wird zum Beschluss erhoben.“

Beschlussergebnis: einstimmig

3. Vereinbarung mit Welser Kieswerke Treul & Co Ges.m.b.H. vom 26. Februar 1998 im Zusammenhang mit dem Kiesabbau im Raum Hof; Zusatz über Verlängerung der Anbotsfrist hinsichtlich ausgekiester Gruben

Bericht: Bürgermeister Josef Sturmair

Lt. Vereinbarung vom 26. Februar 1998 hat die Firma Welser Kieswerke Treul & Co Ges.m.b.H. in Punkt V. ein Verkaufsangebot von ausgekiesten Gruben, zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, wie z.B. zum Zwecke der Installierung einer Sport- und Freizeitanlage, an die Marktgemeinde Gunskirchen gestellt.

Es betrifft dies das Grubenareal westlich der Waldlinger Straße zwischen ÖBB-Strecke und Welser Straße (max. 10 ha Grubenfläche) und das Grubenareal am Hagen. Das Verkaufsangebot wurde ursprünglich für die Dauer von 10 Jahren ab Rechtswirksamkeit der Vereinbarung beschränkt. Innerhalb der ersten 5 Jahre hätte die Gemeinde zu entscheiden gehabt ob Grube a) od. b) angenommen wird. Mit dem Nachtrag vom 30.01.2003 wurde diese 5 Jahresfrist auf 10 Jahre und mit dem Nachtrag vom 26.02.2008 wurde beides um weitere 2 Jahre verlängert.

Nachdem die Nutzung einer der Gruben für öffentliche Zwecke zwischenzeitlich noch nicht geklärt werden konnte, soll die Anbotsfrist neuerlich verlängert werden.

Es haben mit der Firma Welser Kieswerke diesbezüglich mehrer Gespräche stattgefunden und folgten auch schriftliche Stellungnahmen.

In einem diesbezüglichen Schreiben der Welser Kieswerke vom 3. Feb. 2010 wurde mitgeteilt, dass eine neuerliche Fristverlängerung grundsätzlich vorstellbar ist. Als untrennbarer Bestandteil wurde die Umsetzung div. Liegenschaftstransaktionen (Veräußerung und Tausch von öffentlichem Gut, Hof/Gassl, Umlegung Oberschacher, etc.) und die Verbücherung des vereinbarten Vorverkaufsrechtes gem. Pkt. IX. der Vereinbarung vom 26.02.1998 genannt. Weiters, dass die Gemeinde der Fa. Welser Kieswerke im Gegenzug auch insgesamt die gleichen Fristverlängerungen für die unter Punkt II. vorgenannter Vereinbarung angeführte 10 Jahresfrist hinsichtlich spätesten Beginn der betrieblichen Nachfolgenutzung des Raumes Hof gewährt.

Hinsichtlich der Grundtransaktionen ist anzuführen, dass seitens der Gemeinde alle Vorarbeiten abgeschlossen sind und die dafür notwendigen GR-Beschlüsse und rechtswirksamen Verordnungen vorliegen. Alle für die grundbücherliche Durchführung erforderlichen Urkunden können erstellt werden. Betreffend Verbücherung des Vorverkaufsrechtes liegt auch seit längerem ein diesbezüglicher Vereinbarungsentwurf vor. Die Firma Welser Kieswerke hat erst mit letztem Schreiben mitgeteilt, dass die betroffenen Grundstücke nun in einer EZ zusammengeführt sind, sodass die Verbücherungsurkunde des Vorverkaufsrechtes nun auch abgeschlossen werden kann.

Hinsichtlich Fristverlängerung liegt nun folgendes Verhandlungsergebnis vor.

Die Frist für die Anbotannahme einer der ausgekiesten Gruben durch die Gemeinde soll bis 1. März 2011 verlängert werden.

Im Gegenzug soll die 10 Jahresfrist für den spätesten Beginn der betrieblichen Nachfolgenutzung ausgekiester Grubenflächen im Raum Hof bis 1. März 2016 verlängert werden. Daran schließt dann eine Frist von 5 Jahren für Betriebsansiedlungen.

Zur Berechnung gleicher Fristverlängerungen und unter Berücksichtigung des Abbaubeginnes mit 1.11.1999 ist anzuführen, dass unter Einrechnung aller gewährten Fristverlängerungen

gen für die Gemeinde (auch die Verlängerung über die Entscheidungsfrist für eine Grube) sich für die Welser Kieswerke eine rechnerische Fristerstreckung bis 1. Nov. 2017 ergeben würde.

Es wurde beim Abschlussgespräch festgehalten, dass dieser Bonus für die Fa. Welser Kieswerke bei einer allenfalls weiteren Notwendigkeit einer Fristerstreckung für die betriebliche Nachfolgenutzung im Raum Hof, sofern dies im beiderseitigen Interesse gelegen ist, berücksichtigt wird.

Antrag: (Bgm. Josef Sturmair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem Zusatz, lt. Anlage, zur Vereinbarung vom 26.02.1998, abgeschlossen zwischen der Firma Welser Kieswerke Treul & Co Ges.m.b.H. und der Marktgemeinde Gunskirchen, Marktplatz 1, 4623 Gunskirchen, hinsichtlich Verlängerung der Anbotsfrist betreffend Annahme einer der ausgekiesten Gruben durch die Marktgemeinde Gunskirchen (Vertragspunkt V. 1.) 2. Satz und Vertragspunkt V. 2.), bis 1. März 2011 sowie im Gegenzug der Verlängerung der 10 Jahresfrist über den spätesten Beginn für die Nachfolgenutzung des Abbaugebietes im Raum Hof, gemäß Punkt II der Vereinbarung, bis 1. März 2016 wird zugestimmt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

4. Geländegestaltende Maßnahmen am Grundstück Parz. Nr. 10, KG Weilbach-Benützung öffentliches Gut - Vereinbarung mit der Fa. Beschta

Bericht: GV Maximilian Feischl

Die Fa. Beschta, Irnharting 45, 4623 Gunskirchen, wurde mit Geländegestaltende Maßnahmen am Grundstück Parz. Nr. 10, KG Weilbach, vom Grundeigentümer beauftragt. Es soll ein Graben mit ca. 30.000 m³ inertem Material aufgefüllt werden. Die erforderliche naturschutzrechtliche Bewilligung wurde dafür von der Bezirksverwaltungsbehörde bis 31.12.2014, erteilt.

Die Zufahrt zum Schüttbereich am Grundstück Parz. Nr. 10, KG Weilbach, soll von der Fernreier Gemeindestraße über die beiden bestehenden Straßenanschlüsse der Liegenschaft Gruber (Klezl) erfolgen.

Hierzu ist eine Ausnahmegenehmigung vom Fahrverbot für Fahrzeuge über 3,5 to welches für den Bereich "Steinerberg" besteht notwendig. Diese soll von der zuständigen Verkehrsbehörde in Abstimmung mit der Gemeinde erteilt werden.

Vom Amte wurde in diesem Zusammenhang über die Benützung der öffentlichen Zufahrtsstraßen zum Schüttbereich eine Vereinbarung (lt. Anlage) ausgearbeitet, in der die laufende Instandhaltung, die erforderliche etwaige Wiederherstellung, die Straßenreinigung, zusätzliche Ausweichen, usw. geregelt sind.

Wechselrede

GR Olinger stellt folgende Fragen:

1. Hält die Straße der Belastung von Schwerfahrzeugen stand?
2. Wäre eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h für den LKW-Verkehr aus Sicherheitsgründen zu machen?
3. Ist mit Anrainerbeschwerden auf Grund des Schwerverkehrs zu rechnen?
4. Wer ist prädestiniert den Verursacher von Fahrbahnschäden festzustellen?

GV Feischl antwortet, grundsätzlich sei die Straße für den Schwerverkehr befahrbar, da auch An- und Ablieferungen zu Bewohnern und Grundeigentümern mit Schwerfahrzeugen erfolgen. Weiters werde ein Erdwall zur Eindämmung von Unwettereinflüssen zum Schutz der Anrainer errichtet. Der Straßenzustand werde vor Beginn der Transporte dokumentiert. Diese Dokumentation dient auch für den späteren Rückbau der Straße in den ursprünglichen Zustand. Zur 30 km/h Beschränkung erklärt GV Feischl, es sei mit keinen täglichen Transportfahrten zu rechnen. Die Geschwindigkeitsbeschränkung würde jedoch für die Anrainer bis 2014 gelten.

GR Olinger sagt, er habe nicht an eine generelle 30 km/h Beschränkung gedacht, sondern dies der Firma Beschta für ihre Transportfahrten im Vertrag aufzuerlegen.

Bauamtsleiter Mallinger erklärt, Geschwindigkeitsbeschränkungen für bestimmte Fahrzeuge seien nicht realisierbar. Grundsätzlich würde sich jedoch die Einhaltung der Geschwindigkeit auf Grund der Fahrbahnbreite und der daraus im Gesetz vorgegebenen Bestimmungen ergeben. Hinsichtlich der Feststellung von Fahrbahnschäden sei der Straßenzustand wiederkehrend zu überprüfen.

GR Renner regt an, auf Grund der geringen Fahrbahnbreite die Ausweichen vor Beginn der Transportfahrten zu errichten. Eine 30 km/h Beschränkung sieht er ebenfalls schwierig zu realisieren, denkt jedoch man solle an das Transportunternehmen appellieren, dieses Straßenstück mit gemäßigter Geschwindigkeit zu befahren.

GV Feischl sagt, die Ausweichen werden vor Beginn der Fahrten zu errichten sein. Man werde auch mit der Firma Beschta sprechen, um keinen Unmut der Anrainer hervorzurufen.

GR Mag. Mittermayr rechnet vor, bei einem Transport von 30.000 m³ sind ca. 1.500 LKW-Fahrten zu erwarten, was auf 5 Jahre gerechnet im Durchschnitt eine LKW-Fahrt pro Tag ergibt.

Bürgermeister Sturmair ergänzt, für die Transportfahrten seien alle behördlichen Genehmigungen vorhanden. Er denke, auch die Firma Beschta habe kein Interesse an Problemen mit den Anrainern.

GR Hanis fragt, wer kontrolliert was abgelagert werde.

Bauamtsleiter Mallinger antwortet, es gäbe eine Naturschutzbewilligung, in der die Auflagen erteilt seien. Zuständige Behörde sei die Gemeinde Pichl bei Wels.

Antrag: (GV Feischl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Vereinbarung (lt. Anlage) mit der Fa. Beschta, 4623 Gunskirchen, über die Benützung der öffentlichen Straßen, für die geplanten Geländegestaltenden Maßnahmen am Grundstück Parz. Nr. 10, KG Weilbach, zu den in der Vereinbarung festgelegten Bedingungen, wird die Zustimmung erteilt.“

**Beschlussergebnis: 30 JA-Stimmen
1 Stimmenthaltung (GR Dr. Leitner)**

5. Straßenbauprogramm 2010
a.) Ordentlicher Haushalt
b.) Außerordentlicher Haushalt
Beschlussfassung

Bericht: GV Maximilian Feischl

a.) Ordentlicher Haushalt

Im ordentlichen Haushalt stehen für das Straßensanierungsprogramm 2010 Budgetmittel in der Höhe von € 52.400,-- inkl. MWSt. zur Verfügung. Im Zuge der Erstellung des 1. Nachtragvoranschlags 2010 müssen Einsparungen von 15 % im OH erzielt werden. Somit stehen gegenständlich lediglich € 44.500,-- für Sanierungsarbeiten zur Verfügung.

Für nachstehende Straßensanierungsprojekte ergeht der Vorschlag zur Realisierung:

1. Straßeninstandsetzungen - Eigenleistungen Bauhof	€	20.000,--
2. Sanierungen mittels Vialit	€	15.000,--
<u>3. Anteilige Belagsarbeiten Moostaler Straße</u>	<u>€</u>	<u>9.500,--</u>
	€	44.500,--

1. Gemeinde – Eigenregieleistungen

Der gegenständliche Betrag soll für die Eigenregiearbeiten, die durch das Bauhofpersonal über das Jahr abgewickelt werden (Gehsteigabsenkungen, div. Straßenanschlüsse herstellen, usw.), zur Erhaltung der Straßen generell und für kleinere Bauvorhaben verwendet werden.

2. Oberflächensanierungen mittels Vialit

Für Ausbesserungsarbeiten auf div. Gemeindestraßen (wie Behebung von Frostaufbrüchen, Asphalttrisse, Verdrückungen, usw.) soll wie in den Vorjahren ein Breitspritzgerät samt Servicetank angemietet werden.

Die Spritzarbeiten sollen durch das Bauhofpersonal in Eigenregie ausgeführt werden. Das benötigte Bitumen (ca. 15 To einschließlich Streusplitt) soll zugekauft werden.

Schwerpunkte im heurigen Jahr sind die Straßenzüge nach Waldenberg, Aigen und, Lucenberg. Nach der Frostperiode werden sich bei einzelnen Straßenzügen noch zusätzliche Notwendigkeiten für Oberflächensanierungen ergeben.

3. Anteilige Belagsarbeiten Moostal

Anteilige Belagsarbeiten aufgrund der Sanierung Moostaler Straße einschließlich Kreuzungsumbau mit der Waldlinger Straße.

b.) außerordentlicher Haushalt

Im außerordentlichen Haushalt sind für das Straßenbauprogramm 2010 Budgetmittel in der Höhe von € 60.000,-- inkl. MWSt. veranschlagt.

Nachstehende Straßenausbauten werden zur Realisierung vorgeschlagen:

1. Bauergründe- Erikaweg	€	20.000,--
2. Moostaler Straße- Waldlinger Straße	€	30.500,--
3. Schotterungen	€	9.500,--
	€	60.000,--

1. Fliederstraße 2. Bauetappe

Die Bautätigkeit im Bereich des Erikaweges ist zum größten Teil abgeschlossen. Nunmehr soll die 3. Etappe staubfrei ausgebaut werden. Die 3. Etappe umfasst den Rest des Erikaweges einschließlich Umkehrplatz.

Im Bereich des Erikaweges einschließlich Umkehrplatz wird eine Bitukiesdecke errichtet. In allen Straßenabschnitten werden die Oberflächenwässer über Granitmulden und die erforderlichen Straßeneinläufe in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet.

2. Moostaler Straße- Kreuzung Waldlinger Straße

Die Bebauung entlang der Moostaler Straße West bis zur Kreuzung mit der Waldlinger Straße ist zum größten Teil abgeschlossen.

Nunmehr soll von der Liegenschaft Hatzmann bis zum Radweg an der Waldlinger Straße an der östlichen Straßenseite (entlang der Wohnhäuser) ein Gehsteig errichtet werden. Die bestehende Straße soll regeneriert, geringfügig verbreitert und eine neue Bitukiesdecke aufgebracht werden.

Ebenfalls soll der Kreuzungsbereich Moostaler Straße- Waldlinger Straße umgebaut werden. Die bestehende Grüninsel soll entfernt und die Moostaler Straße und der Radweg entsprechend eingebunden werden.

Die Vorrangverhältnisse sollen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in Folge abgeändert werden. Verkehrsteilnehmer auf der Waldlinger Straße haben künftig Vorrang gegenüber Verkehrsteilnehmern aus Richtung Moostal.

Insgesamt soll durch diese Straßenbaumaßnahme die Verkehrssicherheit, insbesondere für die Fußgänger und Kinder erhöht werden. Auch die Installation einer Straßenbeleuchtung ist für dieses Straßenstück im Rahmen der geplanten Errichtung einer Beleuchtung für Moostal vorgesehen.

3. Schotterungen aufgrund Neuerschließungen

Im heurigen Jahr ist in den Bereichen Römerpark (3. Bauetappe), Moostal- Biringergünde, Moostal West neben der Bahn und Gänsanger der Straßenunterbau (Frostkoffer) für neue Aufschließungsstraßen nach dem Kanalbau herzustellen.

Das oben erwähnte Straßenbauprogramm 2010 im ordentlichen u. außerordentlichen Haushalt wurde eingehend in der Sitzung des Ausschusses für Straßenbau am 11.02.2010, behandelt und es wird einstimmig zur Beschlussfassung an den Gemeinderat empfohlen.

Antrag: (GV Feischl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem Straßensanierungs- und Straßenbauprogramm 2010, im ordentlichen bzw. außerordentlichen Haushalt, im Umfang wie im Amtsvortrag beschrieben, wird die Zustimmung erteilt.“

Beschlussergebnis: einstimmig

6. Schleuse Waldling – Bestellung des Schleusenwärters

Bericht: (GV Maximilian Feischl)

Gemäß Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land vom 26.10.1964, GZ: Wa1-60-1957 wurde der Marktgemeinde Gunskirchen die Bestellung eines Schleusenwärters sowie dessen Stellvertreter für die Schleuse Waldling aufgetragen.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 11. Dezember 1978 wurde Herr Helmut Mittermaier, Welser Straße 7, 4623 Gunskirchen zum Schleusenwärter und Herr Josef Rathmayr, Waldling 13, Gunskirchen zum Schleusenwärter-Stellvertreter der Schleuse Waldling bestellt. Nachdem nunmehr Herr Helmut Mittermaier aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr den Tätigkeiten des Schleusenwärters nachkommen kann ist somit eine Neubestellung des Schleusenwärters für die Schleuse Waldling erforderlich.

Diesbezüglich wurde seitens der Tochter des bisherigen Schleusenwärters Frau Christine Lang, Waldling 12, 4623 Gunskirchen mitgeteilt, dass Sie hinkünftig die Tätigkeiten des Schleusenwärters ausüben wolle, zumal ihr die Tätigkeiten des Schleusenwärters bekannt seien, sie unmittelbar neben der Schleuse wohnen würde und bereits in letzter Zeit ihren Vater als Schleusenwärter vertreten habe. Weiters sollen der Ehegatte Ernst Lang sowie die Tochter Sandra Lang, beide ebenso wohnhaft in Waldling 12, als künftige Stellvertreter nominiert werden.

Der genaue Umfang der Tätigkeiten ist ebenso im oa. Bescheid der Bezirkshauptmannschaft festgelegt und soll abgestellt auf den Umfang dieser Tätigkeiten eine künftige jährliche Schleusenwärterentschädigung mit € 300,00 (inkl. Mwst) festgelegt werden.

Antrag: (GV Maximilian Feischl)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Als neuer Schleusenwärter für die Schleuse Waldling wird Frau Christine Lang, Waldling 12, Gunskirchen und als deren Stellvertreter Herr Ernst Lang u. Frau Sandra Lang beide ebenso wohnhaft in Waldling 12, Gunskirchen bestellt. Die Tätigkeiten des Schleusenwärters werden mit € 300,00 (inkl. Mwst) pro Jahr entschädigt werden.“

Beschlussergebnis: einstimmig

7. Öffentliche Wasserversorgung- Erweiterungen aufgrund Neuwidmungen

Bericht: Bgm. Josef Sturmair

Aufgrund von Neuwidmungen im Zuge der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes (Nr 7/2009) und Verbauungsabsichten der Grundeigentümer sollen nachstehende Gebiete durch die öffentliche Wasserversorgungsanlage der Marktgemeinde Gunskirchen erschlossen werden:

Moostal- Nord-Ost, Parzellierung Biringer, Moostal- Süd-West, Parzellierung Welser Kieswerke, Jungreithmayr, Wimmer und Gänsanger- Parzellierung Krumhuber.

Aufgrund der geplanten Grundteilungen ist es erforderlich ca. 460 lfm Wasserleitung zu verlegen.

Für die erforderlichen Materialien (Rohre, Formstücke u. Schwerarmaturen) wurden diesbezüglich nachstehende Angebote eingeholt:

1. Fa. Gumplmayr, Steyregg	€ 5.028,92 exkl. MWSt.
2. Fa. ÖAG, Wels	€ 5.143,29 exkl. MWSt.
3. Fa. Ehrentletzberger, Traun	€ 5.550,10 exkl. MWSt.
4. Fa. Pipe Life, Wels	€ 6.588,22 exkl. MWSt.

Das benötigte Schottermaterial zur Leitungsbettung soll bei der Fa. Welser Kieswerke, Gunskirchen, mit einer Auftragssumme von ca. € 2.500,-- exkl. MWSt., angekauft werden.

Die begleitenden Installations- und Grabungsarbeiten sollen in Eigenregie durch das Bauhofpersonal durchgeführt werden.

Die Finanzierung erfolgt auf der HHS 1-8500-0500 und ist gesichert.

Antrag: (Bgm. Josef Sturmair)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der geplanten Netzerweiterungen in den Bereichen Moostal- Nord-Ost, Parzellierung Biringer, Moostal- Süd-West, Parzellierung Welser Kieswerke, Jungreithmayr, Wimmer und Gänsanger- Parzellierung Krumhuber wird zugestimmt.

Das erforderliche Installationsmaterial wird bei der Fa. Gumplmayr, Steyregg, aufgrund des Angebotes vom 15.01.2010, mit einer Angebotssumme von ca. € 5.028,92 exkl. MWSt., angekauft. Das benötigte Schottermaterial zur Leitungsbettung wird bei der Fa. Welser Kieswerke, Gunskirchen, mit einer Auftragssumme von ca. € 2.500,-- exkl. MWSt., angekauft.

Die erforderlichen Installations- und Grabungsarbeiten werden vom Bauhofpersonal in Eigenregie durchgeführt.

Beschlussergebnis: einstimmig

8. Objekt Kirchengasse 14 – Überlassung von Räumlichkeiten an die Vereine Landjugend und Österreichische Kinderfreunde, Ortsgruppe Gunskirchen

Wurde abgesetzt.

9. Ergebnis städtebaulicher Wettbewerb „Straß-Mitte“ – Kenntnisnahme des Siegerprojektes als Grundlage für weitere Bebauungs- u. Verkehrsplanungen

Bericht: GV Dr. Josef Kaiblinger

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 28.04.2009 wurde die Durchführung eines einstufigen, geladenen, städtebaulichen Wettbewerbes und mit Beschluss vom 30.06.2009 die Wettbewerbsbedingungen beschlossen

Als Planungsgebiet wurden die unbebauten Grundflächen zwischen der B1 Wiener Straße, Gärtnerstraße, Lambacher Straße, Efeustraße bis zum Jasminweg festgelegt, welche ca. 16,5 ha umfassen. Wesentliche Planungsvorgaben waren die Ausweisung eines Kindergartenstandortes, die Einplanung der Dahlienstraße-Süd samt Lärmschutzmaßnahmen sowie eine Bebauungsplanung mit verschiedenen Wohnformen.

Folgende Architekturbüros wurden sodann für die Teilnahme nominiert:

- Topos III Leitner+Partner ZT-KEG, DI Lueger, Lustenauer Str. 21, 4020 Linz
- Luger & Maul ZT-Gesellschaft OEG, Bauernstraße 8, 4600 Wels
- Hertl Gernot Dipl.-Ing., Pachergasse 17, 4400 Steyr
- Proyer & Proyer Architekten OEG, Schwarzmayerstraße 10, 4400 Steyr
- Schneider & Lengauer Architekten, Binderg. 5a, 4212 Neumarkt i.M.
- Team M Architekten ZT GmbH., Eisenhandstraße 13-15, 4020 Linz

Seitens der vorgenannten Teilnehmer wurden im Anschluss die entsprechenden Projektunterlagen (Plandarstellungen samt Modell) erarbeitet und anonym der Jury zur Entscheidung vorgelegt, welche am 20.11.2009 im Marktgemeindeamt Gunskirchen tagte. Hierbei wurde das Projekt des Architekturbüros **Luger & Maul ZT-Gesellschaft OEG, Bauernstraße 8, 4600 Wels** zum Sieger und das Projekt des Architekturbüros Schneider & Lengauer Architekten, Binderg. 5a, 4212 Neumarkt i.M. als dessen Nachrücker ernannt.

Seitens der Jury wurde im Besonderen festgehalten, dass sich das Siegerprojekt durch eine klare Strukturierung der Bebauung und der Weiterentwicklung des westlichen Siedlungsgebietes zu den Geschoßwohnbauten und dem verdichteten Flachbau auszeichnet. Weiters wurde die Verdichtung in Richtung der zentralen Einrichtungen (Subzentrum) positiv beurteilt. Zudem erstreckt sich vom Subzentrum in Richtung Traunauen ein qualitativ hochwertiger Freiraum, der gleichzeitig Lärmschutzfunktion übernimmt und über ein herkömmliches Begleitgrün hinausgehend unterschiedliche Freiräume für das Wohngebiet schafft. Auch wurde der verdichtete Flachbau durch eine klare Straßenführung strukturiert und durch Platzbildungen gegliedert.

Ergänzend wurde von der Jury angeregt, eine adäquate technische Verkehrslösung zum Kreisverkehr für die Kreuzung Lambacher Str./Dahlienstraße aus Kostengründen in Erwägung zu ziehen und die anschließende Bebauung westlich der Lambacher Straße in diesem Zusammenhang zu überarbeiten. Zudem soll die verkehrsmäßige Anbindung des südöstlichen Siedlungsgebietes hinsichtlich seiner Funktionalität überprüft werden.

Im Näheren weist das Siegerprojekt eine kreisverkehrsähnliche Lösung für den Kreuzungsbereich Lambacher Str. / Dahlienstraße aus und wird sodann die Dahlienstraße in einem Bogen an die B1 Wiener Straße herangeführt. Durch die geplante Kreuzungsbildung der Lambacher Straße mit der Dahlienstraße ergibt sich ein natürlicher Verlauf für den Verkehrsfluss vom Siedlungsgebiet Straß-West zur B1 Wiener Straße. Dadurch ist somit hinkünftig für die Heidestraße eine Verkehrsentslastung zu erwarten. Nach Rücksprache mit dem Architekturbüro im Hinblick auf die Anregungen der Jury erscheint die vorgeschlagene kreisverkehrsähnliche Lösung für die Kreuzung am ehesten allen gestellten verkehrstechnischen

Anforderungen (mittig kein voller Innenkreis sondern eine Linse, dadurch können die Außenradien eng gehalten, sowie ein Befahren mit längeren Transporten gewährleistet und eine Verkehrslenkung vom Westen in Richtung B 1 sichergestellt werden) gerecht zu werden. Auch sind keine höheren Kosten als für adäquate technische Verkehrslösungen zu erwarten.

Als Lärmschutzmaßnahmen wurde einerseits eine transparente Lärmschutzwand welche künstlich gestaltet werden kann und andererseits eine Grünfläche welche zum Teil als Erdwall ausgeführt wird, vorgesehen. Diese Grünzone schafft gleichzeitig eine Verbindung zum Waldgebiet südlich der B1 Wiener Straße. Für die Bebauung wurden verschiedene Wohnformen in Form von mehrgeschossigen Wohnbauten, Einzelwohnhäusern, oder ein Wohnmodell in verdichteter Weise vorgesehen. Zudem wurde auch ein Kindergarten sowie eine Vorbehaltsfläche für einen 2. Volksschulstandort eingeplant. Entlang der B1 Wiener Straße wurden gemäß der künftigen Widmung Betriebs- bzw. Geschäftsobjekte vorgesehen.

Die Verkehrsaufschließung des südöstlichen Siedlungsgebietes wird wesentlich abhängig sein von der tatsächlichen Verbauungsdichte wobei im Zuge der Detailbebauungsplanung die Anregungen der Jury berücksichtigt werden sollen.

Auch hat der zuständige Ausschuss für Raumordnung und Verkehr in seiner Sitzung vom 08.02.2010 über gegenständliches Siegerprojekt des städtebaulichen Wettbewerbes beraten und empfiehlt dem Gemeinderat die Zugrundelegung für sämtliche weitere Bauungs- u. Verkehrsplanungen im Bereich Straß-Mitte.

Wechselrede

GR Zepko sagt, es handle sich hierbei um ein langfristiges Konzept, es sei kurzfristig nicht mit großzügigen Parzellierungen zu rechnen.

Antrag: (GV Dr. Josef Kaiblinger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Das Siegerprojekt der Arch. Luger & Maul ZT-Gesellschaft OEG, Bauernstraße 8, 4600 Wels, wird unter Berücksichtigung der im Bericht angeführten Ergänzungen der Jury und den dazu festgestellten Ausführungen im Bericht, zustimmend zur Kenntnis genommen und bildet dieses somit hinkünftig die Grundlage für sämtliche weiteren Bauungs- u. Verkehrsplanungen im Bereich Straß-Mitte.“

Beschlussergebnis: einstimmig

10. Flächenwidmungsplan Nr. 7/2009 Änderung Nr. 4
Antrag von Johannes Humer, Ströblberg 9, Gunskirchen, auf Umwidmung der Parzellen Nr. 62/3, 103, 104/2 u. 106/2, je KG. Straß von derzeit *Bauland – Dorfgebiet* in *Bauland – eingeschränktes gemischtes Baugebiet* sowie einer Teilfläche der Parzellen 59, 58/1, u. 109/1, je KG. Straß, von derzeit *Bauland – eingeschränktes gemischtes Baugebiet* in *Bauland – Betriebsbaugebiet*

Bericht: GV Dr. Josef Kaiblinger

Mit Schreiben vom 04.12.2009 wurde von Herrn Johannes Humer, Ströblberg 9, Gunskirchen, ein Antrag auf Änderung der Baulandkategorie für die Parzellen Nr. 62/3, 103, 104/2 u. 106/2 bzw. von Teilflächen der Parzellen Nr. 59, 58/1, u. 109/1, alle KG. Straß, eingebracht.

Gegenständliche Teilflächen sind in der Ortschaft Grünbach im Bereich der Fa. Humer Anhängerbau bzw. Schülerhilfe gelegen und sollen die beantragten Widmungsänderungen zur Absicherung des Betriebsstandortes Gunskirchen dienen. Vorgenannte Grundstücke bzw. Teilflächen sind im derzeit rechtswirksamen Flächenwidmungsplan Nr. 7/2009 als *Bauland – Dorfgebiet* bzw. *Bauland – eingeschränktes gemischtes Baugebiet* ausgewiesen und sollen nunmehr über Antrag von Herrn Johannes Humer in *Bauland – eingeschränktes gemischtes Baugebiet* bzw. *Bauland – Betriebsbaugebiet* umgewidmet werden.

Zur beantragten Umwidmung wird grundsätzlich ausgeführt, dass öffentliche Interessen bzw. Interessen Dritter durch die geplante Umwidmung nicht negativ berührt werden. Zudem ist die Erhaltung bzw. Erweiterung eines Produktionsbetriebes im Allgemeinen und im öffentlichen Interesse der Marktgemeinde Gunskirchen gelegen und ist durch den direkten Anschluss an das bestehende Betriebsareal eine sparsame Verwendung von Baulandressourcen der Gemeinde gegeben.

Auch wird gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes seitens des Ortsplaners Arch. DI Horacek positiv beurteilt. Eine diesbezügliche positive Stellungnahme wird bis zur Gemeinderatssitzung erwartet.

Weiters hat der zuständige Ausschuss für Raumordnung und Verkehr in seiner Sitzung vom 08.02.2010 über gegenständliches Umwidmungsansuchen beraten und empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, diese zu beschließen.

Antrag: (GV Dr. Josef Kaiblinger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Änderung Nr. 4 des Flächenwidmungsplanes Nr. 7/2009, betreffend die Umwidmung der Parzellen Nr. 62/3, 103, 104/2 u. 106/2, je KG. Straß von derzeit *Bauland – Dorfgebiet* in *Bauland – eingeschränktes gemischtes Baugebiet* sowie einer Teilfläche der Parzellen 59, 58/1, u. 109/1, je KG. Straß, von derzeit *Bauland – eingeschränktes gemischtes Baugebiet* in *Bauland – Betriebsbaugebiet*, wird zugestimmt. Die diesbezügliche Grundlagenforschung (Erhebungsblatt vom 25.02.2010 - lt. Anlage), wird zum Beschluss erhoben und das Verfahren gemäß den Bestimmungen des § 33 i.V. mit § 36 Oö. ROG 1994 idgF. eingeleitet.

Die Kosten für die Flächenwidmungsplan-Änderung sind vom Antragsteller zu tragen.“

Beschlussergebnis: einstimmig

ALLFÄLLIGES

Verunreinigung nach Faschingsumzug

GR Olinger sagt, es gäbe im Ortskern noch starke Verunreinigungen nach dem Faschingsumzug und ersucht die Reinigung voranzutreiben.

Der Bürgermeister antwortet, der grobe Müll wurde bereits entsorgt, nach der Schneeschmelze werde auch noch der Rest gereinigt.

Schleusenwärter Grünbach

GR Luttinger habe seine Bedenken, wenn der Schleusenwärter und seine beiden Stellvertreter aus einer Familie kommen, da zum Beispiel bei einem Familienausflug niemand handeln könne.

GV Feischl antwortet, die Verpflichtung sei im Vertrag geregelt.

Besuch LR Dr. Haimbuchner

Bürgermeister Josef Sturmair informiert, am 24. Februar 2010 war Landesrat Dr. Haimbuchner in Gunskirchen. Es wurden folgende Themen besprochen:

- Die Fläche der Grube Hagen könnte für das Sportzentrum genutzt werden, würden anderweitig gleichwertige Flächen geschaffen.
- Es gäbe auch positive Zugeständnisse für die Herstellung eines gesetzeskonformen Zustandes für die Gartenhäuser in Au bei der Traun.
- Weiters würden auch Mittel für den Wohnbau zur Verfügung stehen, sollte die Gemeinde zeitgerecht ansuchen.
- Auch die Errichtung eines Betriebsbaugebietes im Bereich der Kiesgrube Hof wurde angesprochen.

Geburtstage

Der Bürgermeister gratuliert folgenden Mitgliedern des Gemeinderates zu deren begangenen Geburtstagen.

GR Nicole Fillip	21. Februar
GV Ingrid Mair	22. Februar

Zum Protokoll der letzten Sitzung gab es keinen Einwand.

Schriftführer

Bürgermeister

Karl Zwirchmair

Josef Sturmair

Gemeinderat

Gemeinderat

Nicole Phillip

KommR Helmut Oberndorfer

Mit/ohne Erinnerung genehmigt am _____.

Bürgermeister
Josef Sturmair eh.

Schriftführer
Karl Zwirchmair

Gemeinderat
Nicole Fillip eh.

Gemeinderat
KommR Helmut Oberndorfer eh.

F.d.R.d.A.: